

Kapitel 3: Fortschritt gestalten



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 22.11.2020
Tagesordnungspunkt: GSP-F Fortschritt gestalten

Antragstext

1 **Kapitel 3: Fortschritt gestalten**

2 **Wissenschaft und Forschung**

3 (138) Im Zentrum allen Fortschritts steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit. Der
4 wissenschaftliche, technologische und gesellschaftliche Wandel muss so gestaltet werden,
5 dass er Mensch und Umwelt nützt.

6

7 **Wissenschaft und Forschung**

8 (139) Freie Wissenschaft und freie Forschung schaffen Zukunft, indem sie einen
9 unverzichtbaren Beitrag zur vernunftgeleiteten Verständigung der Menschheit über
gemeinsame
10 Herausforderungen leisten. Vielfalt an Wissen und Zugängen ermöglicht zukunftstaugliche
11 Lösungen bei Krisen. Frei denken und experimentieren, auch ohne unmittelbaren
12 Verwertungszweck, ist Basis für neue Ideen und Kreativität. Forschungs- und Erfindungsgeist
13 helfen, Transformationen zu gestalten. Sie können nur in Freiheit gedeihen und genießen zu
14 Recht besonderen Schutz, nicht zuletzt vor staatlichen Eingriffen. Forschung ist offen für
15 die Beteiligung der Gesellschaft im Sinne einer Bürger*innen-Wissenschaft (Citizen Science).

16 (140) Forschungsergebnisse auf der Basis von freiem Denken und Experimentieren sind
zunächst

17 Möglichkeiten – mit Vor- und Nachteilen. Sie bieten gesellschaftliche Chancen, tragen aber
18 auch das Risiko, missbraucht zu werden. Demokratische Politik schützt die Unabhängigkeit und
19 Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Das beinhaltet die Freiheit, an bestimmten
20 Entwicklungen nicht weiterzuarbeiten, wenn sie gegen ethische Grundprinzipien verstoßen.
21 Politik gestaltet nach dem Vorsorgeprinzip und am Gemeinwohl orientiert Leitplanken für die
22 Nutzung und Anwendung. Die zivile Ausrichtung von Wissenschaft ist zentral.

23 (141) Mithilfe der Wissenschaft kann unsere Gesellschaft die vor uns liegenden
24 Herausforderungen in Angriff nehmen, wie etwa die Wasserknappheit oder die Klimakrise.
25 Wissenschaftlich-technologischer Fortschritt hat menschliches Leben fundamental verbessert.
26 Er hat aber auch zu vielen globalen Krisen beigetragen und ist zugleich ein Weg, sie zu
27 lösen.

28 (142) Um qualifiziert abwägen und entscheiden zu können, braucht es Forschung. Forschung an
29 Technologien braucht auch die Forschung zu ihren Risiken und Auswirkungen. Ethische Fragen
30 müssen in der Wissenschaft und mit der Gesellschaft diskutiert und demokratisch verhandelt
31 werden. Gute Politik orientiert sich an nachprüfbareren Fakten und wissenschaftlichen
32 Erkenntnissen. Wissenschaft kann Politik jedoch nicht ersetzen.

33 (143) Gerade die freie, auf Neugier und Erkenntnis gerichtete Grundlagenforschung ist neben
34 der Anwendungsforschung zur Bewältigung großer gesellschaftlicher Herausforderungen
35 ausreichend abzusichern. Wir brauchen eine Vielzahl von Alternativen und können angesichts
36 der vielfältigen Krisen in der Welt keine Möglichkeit, sie zu bewältigen, von vornherein
37 ausschließen. Entsprechend brauchen wir mehr und strukturell gut ausfinanzierte
38 Grundlagenforschung innerhalb eines starken, weltoffenen und global vernetzten europäischen
39 Forschungs- und Hochschulraums, der Freiheit und Unabhängigkeit sichert.

40 (144) Grundlage für das gesellschaftliche Vertrauen in Wissenschaft sind hohe Standards
41 wissenschaftlicher Arbeit sowie ein Grundwissen über wissenschaftliche Herangehensweisen.
42 Die Etablierung methodischer Standards und Überprüfung wissenschaftlicher Ergebnisse obliegt
43 der Gemeinschaft der Wissenschaftler*innen. Forschung muss sich immer auch kritisch
44 reflektieren, in allen Disziplinen Machtverhältnisse hinterfragen und vielfältig in der Wahl
45 von Methoden, Theorien und Arbeitsweisen sein. Darüber hinaus sind der freie
46 Informationsaustausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft, die Überprüfbarkeit von
47 Interessenskonflikten sowie der öffentliche Zugang zu Forschungsergebnissen und
48 Datengrundlagen Grundprinzipien einer demokratischen Wissenschaft. Öffentliche Regulierung,
49 beispielsweise der Zulassung neuartiger Technologien oder Präparate, legitimiert sich durch
50 demokratische Prozesse.

51 (145) Eine freie, auskömmlich öffentlich finanzierte Wissenschaft muss auch der Gesellschaft
52 mit Offenheit gegenüberstehen. Deswegen braucht es Transparenz darüber, wie Forschung
53 finanziert wird, welche Projekte und Themen beforscht werden. Forschungsförderung zielt auf
54 Erkenntnisgewinn. Öffentlich finanzierte Forschungsergebnisse müssen der Gesellschaft im
55 Sinne der Open Science zugänglich gemacht werden.

56 (146) Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind als unabhängige öffentliche Einrichtungen
57 auch für das Entstehen sozialer und technologischer Innovationen unabdingbar. Das
58 funktioniert nur mit einer auskömmlichen Grundfinanzierung der Wissenschaft, die eine
59 Unabhängigkeit von Drittmittelfinanzierung und somit freie Bildung und Forschung aus
60 Neugierde ermöglicht. Die Verzahnung von Lehre, Wissenschaft und Gesellschaft sichert ihren
61 Bildungsauftrag, der sich am Gemeinwohl orientiert.

62 (147) Hochschulen waren und sind ein Ort der kritischen Selbstreflexion unserer
63 Gesellschaft. Wissenschaft analysiert gesellschaftliche Veränderungen, erkennt frühzeitig
64 politische Umbrüche und diskutiert sie. In einer komplexer werdenden Welt gewinnen Geistes-
65 und Sozialwissenschaften sowie ihre interdisziplinäre Verzahnung mit den Ingenieurs- und
66 Naturwissenschaften an Bedeutung, ebenso plurale Ansätze innerhalb der Disziplinen.

67 (148) Wissenschaftler*innen und Studierende brauchen zeitliche und inhaltliche Freiräume, um
68 aus dem Studium mehr mitzunehmen als nur berufsbezogenes Wissen. Bildung dient zuallererst
69 der menschlichen Entfaltung. Das Studium soll frei, partizipativ und grundsätzlich für alle
70 gebührenfrei sein. Studieren muss unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung,
71 Lebenslagen
72 sowie unabhängig von sozialer und geographischer Herkunft möglich sein. Das Studium muss
72 diskriminierungsfrei, familien- und gendergerecht sein. Nachhaltig finanzierte
73 Studierendenwerke sichern ein hürdenfreies Studium. Forschung braucht Vielfalt an Talenten.

74

75 (148-2) Personengruppen und Perspektiven, die bislang im Wissenschaftssystem
 76 unterrepräsentiert sind, sollen gezielt eingebunden und gefördert werden. Eine demokratische
 77 Hochschulkultur braucht eine starke Selbstverwaltung und die gleichberechtigte Teilhabe und
 78 Mitbestimmung aller Statusgruppen. Dafür bedarf es verfasster Studierendenschaften und einer
 79 ausgeglichenen Besetzung aller Hochschulgremien. Sozial verträgliche Arbeitsbedingungen und
 80 verlässliche Beschäftigung sind die Grundlage, damit (Nachwuchs-)Wissenschaftler*innen frei
 81 und ohne Selbstausbeutung forschen und lehren können.

82

83 (149 neu) Die Menschheit gewinnt durch Raumfahrt Erkenntnisse über die fundamentalen
 Fragen
 84 des Universums und unseren Planeten, mehr Verständnis für globale Probleme sowie
 85 technologische Innovationen. Daher soll Europa den Zukunftssektor Raumfahrt stärken,
 86 internationale Wissenschaftskooperationen vorantreiben, seinen unabhängigen Zugang zum All
 87 erhalten und am Astronaut*innen-Programm festhalten. Der Weltraum darf ausschließlich
 88 friedlich und zum gemeinsamen Wohle der Menschheit erkundet und genutzt werden. Dazu
 bedarf
 89 es eines neuen internationalen Rechtsrahmens, der auch private Akteure klarer regulieren
 90 muss.

91 **Bioethik**

92 (149) Im medizinischen Bereich stellen sich ethische Fragen nach den Grenzen des Handelns
 93 ganz besonders. Vor allem dort, wo durch Veränderungen des Erbguts auch das Leben künftiger
 94 Generationen betroffen ist. Eingriffe in die menschliche Keimbahn müssen ausgeschlossen und
 95 der strenge Embryonenschutz, der bereits eine Selektion von Embryonen ausschließt, muss
 96 beibehalten werden.

97 (150) In der Medizin braucht es eine vorausschauende Ethik mit klaren Kriterien:
 98 Menschenwürde, Freiheit und Selbstbestimmung sowie Verantwortung gegenüber den
 nachfolgenden
 99 Generationen. Vorausschauend können zum Beispiel Moratorien sein, um ethische Grenzfragen
 100 genauer beurteilen sowie Risiken, Gefahren und Auswirkungen auf künftige Generationen
 101 exakter abschätzen zu können oder Forschungen auch gar nicht durchzuführen. Das Klonen von
 102 Menschen ist auszuschließen. Tierversuche müssen konsequent reduziert und überflüssig
 103 gemacht werden.

104 (151) Menschen sollen selbstbestimmt Entscheidungen über ihren Körper und ihr Leben treffen
 105 können. Voraussetzung dafür ist eine umfassende Information, damit Vor- und Nachteile
 106 abgewogen werden können.

107 (152) Reproduktionsmedizin kann die Möglichkeiten zur selbstbestimmten Elternschaft,
 108 insbesondere für kinderlose, für queere, inter und trans Personen mit Kinderwunsch,
 109 erweitern. Neue Möglichkeiten erfordern Abwägungen, welche Methoden medizinisch und
 ethisch
 110 vertretbar sind. Die Reproduktionsmedizin hat Grenzen, wo sie die Gesundheit der Betroffenen
 111 oder Dritter schädigt. Der Zugang muss diskriminierungsfrei sein. Frauen, aber auch inter
 112 und trans Personen, müssen frei von patriarchaler Bevormundung und ökonomischem Druck
 113 entscheiden können, ob und welche Möglichkeiten sie in Anspruch nehmen. Alle Kinder

114 benötigen einen klaren Rechtsstatus. Das Persönlichkeitsrecht auf Wissen der eigenen
115 Abstammung muss für alle Kinder gewahrt werden.

116 (153)

117 In Medizin und biotechnologischen Anwendungen konnten durch die Gentechnik wichtige
118 Fortschritte erzielt werden, während im Agrarbereich ihre Anwendung zu neuen Problemen
119 geführt hat. Wie bei jeder Technologie muss der politische Kompass zum Umgang mit alten wie
120 neuen gentechnischen Verfahren sein, einerseits die Freiheit der Forschung zu gewährleisten
121 und andererseits bei der Anwendung Gefahren für Mensch und Umwelt auszuschließen. Nicht
122 die

123 Technologie, sondern ihre Chancen, Risiken und Folgen stehen im Zentrum. Es gilt daher, an
124 einem strengen Zulassungsverfahren und am europäisch verankerten Vorsorgeprinzip
125 festzuhalten. Dazu bleiben Risikoprüfungen auf umfassender wissenschaftlicher Basis und eine
126 Regulierung nötig, die unkontrollierbare Verbreitung ausschließen und über eine verbindliche
127 Kennzeichnung die gentechnikfreie Produktion und die Wahlfreiheit der Verbraucher*innen
128 schützen. Entsprechend braucht es eine Stärkung der Risiko- und Nachweisforschung. Gerade
129 im

130 Agrarbereich soll die Forschung zu alternativen Ansätzen, die auf traditionelle und
131 ökologische Züchtungsverfahren setzen, gestärkt werden.

130 **Digitalisierung**

131 (154) Die transformative Kraft der Digitalisierung ist ein großes gesellschaftliches
132 Versprechen. Sie ermöglicht Schlüsseltechnologien, die Wissenschaft voranbringen, Ressourcen
133 einsparen, das Gesundheitssystem unterstützen und den Verkehr effizienter lenken. Politik
134 hat die Aufgabe, die digitale Zukunft durch wertegeleitete Regulierung, Anreize und gezielte
135 Förderung so zu gestalten, dass sie unseren gesellschaftlichen Werten und Rechten
136 entspricht. Ziel dabei ist es, Grundrechte zu verteidigen, die sozial-ökologische
137 Transformation voranzutreiben, den sozialen Zusammenhalt und die demokratische, kulturelle,
138 materielle und barrierefreie Teilhabe möglichst aller Menschen zu gewährleisten,
139 insbesondere im Sinne nachfolgender Generationen. Digitalisierung ist konsequent an
140 Nachhaltigkeit auszurichten und so zu gestalten, dass sie Freiheit und Selbstbestimmung
141 stärkt statt sie einzugrenzen. Voraussetzung dafür ist, die offene und demokratische
142 Diskussionskultur auch online zu wahren, eine zunehmende Militarisierung ziviler
143 Infrastrukturen zu verhindern und einem nur von wirtschaftlichen Interessen dominierten
144 Internet entgegenzutreten. Eine selbstbestimmte digitale Zukunft ist nur möglich durch den
145 Aufbau notwendiger Expertise und deren Sicherung in einer engen europäischen und
146 internationalen Kooperation von Wissenschaft, Wirtschaft, öffentlichen Stellen und
147 Zivilgesellschaft.

148

149 (155) Ein Mensch ohne Privatsphäre ist niemals frei. Transparenz, Nachvollziehbarkeit und
150 Nichtdiskriminierung bei der Verarbeitung von Daten sind sicherzustellen, sowohl beim Staat
151 als auch privaten Akteuren. Daten- und Menschenrechtsschutz, die informationelle
152 Selbstbestimmung, die informationstechnische Integrität und Sicherheit gilt es, entschlossen
153 zu verteidigen und auszubauen. Die Verantwortung dafür darf nicht allein auf das Individuum
154 abgeschoben werden. Entsprechend sind kollektive Schutz- und Abwehrrechte sowie die digitale

155 Souveränität zu stärken. Digitale Angebote anonym nutzen zu können, erfüllt eine wichtige

156 Schutzfunktion und ist zugleich Ausdruck digitaler Freiheit und Selbstbestimmung,
157 insbesondere für vulnerable Gruppen.

158

159 (156) Offenheit muss ein Leitprinzip für den digitalen Wandel sein. Die Verfügbarkeit von
160 Daten ist durch europäische, datenschutzkonforme, dezentrale und kooperative
Datenökosysteme
161 zu ermöglichen und zu fördern. Sie sind beispielsweise Grundlage für intelligente Medizin,
162 vernetzte Mobilität und eine diverse Digitalwirtschaft. Übermäßige Datenmacht und sich
163 selbst verstärkende Datenmonopole sind zu verhindern und aufzubrechen. Offene Daten, offene

164 Software, offene Standards und offene Schnittstellen müssen politisch gefördert werden und
165 Standard sein, wenn öffentliche Gelder aufgewendet werden.

166

167 (157) Jeder Mensch hat ein Recht, sich frei zu informieren und zu kommunizieren, sowie auf
168 einen offenen und schnellen Zugang zum Internet. Statt digitaler Schranken entlang
169 nationaler Grenzen, muss der online-gestützte grenzüberschreitende Austausch gewährleistet
170 werden. Die digitale Transformation kann allen Individuen mehr Macht verleihen. Große Teile
171 gesellschaftlicher Willensbildung und der dafür notwendigen Debatten spielen sich inzwischen
172 digital ab, einhergehend mit weitaus größeren Beteiligungsmöglichkeiten. Diese Potentiale
173 müssen besser für demokratische Prozesse nutzbar gemacht und vor Manipulationen und
174 Desinformation geschützt werden. Aufgrund niedrighwelliger Eingriffsmöglichkeiten für
175 Unternehmen und staatliche Stellen, benötigen digitale Räume einen besonderen Schutz.

176 (158) Übermäßige Datenmacht und Datenmonopole gilt es zu verhindern und aufzubrechen.
177 Unternehmen und Behörden, die über viele Daten verfügen, müssen ihre Daten außerhalb von
178 B2B- oder Industriepattformen der Allgemeinheit anonymisiert zur Verfügung stellen. Open
179 Source, Open Data und höchste Daten- und Verbraucher*innen-Schutz-Standards sind die
180 europäische Antwort, um einer unkontrollierten Datenmacht von Staaten wie von Unternehmen
181 entgegenzuwirken.

182 (159) Datenverarbeitende und selbstlernende Systeme haben das Potential, neues Wissen zu
183 generieren und so nachhaltigeres Handeln zu ermöglichen. Sie greifen aber auch teils direkt
184 in die Lebenswelt der Menschen ein und treffen eigene Entscheidungen. Deshalb braucht es für
185 diese Systeme klare, abgestufte Regeln zur Nachvollziehbarkeit, zum Datenschutz und zur
186 Datenqualität um Kontrolle und Haftung zu ermöglichen.

187 (160) Ethisch-normative Prinzipien dürfen nur von Menschen aufgestellt werden.
188 Automatisierte Entscheidungen müssen von natürlichen oder juristischen Personen
verantwortet

189 werden. Entscheidungen über Leben und Tod dürfen nur von Menschen getroffen werden, nicht
190 von Maschinen und Algorithmen. Algorithmen können dabei helfen, Entscheidungen ohne
191 Vorurteile zu treffen. Es braucht gesetzliche Regelungen und Rahmenbedingungen, damit sie
192 bestehende Vorurteile nicht verstärken sondern aktiv zu deren Abbau beitragen.

193

194 (160a) Digitalisierung verändert die Prozesse in den Unternehmen. Das hat Auswirkungen auf
195 die Arbeit im Betrieb, auf Tätigkeitsinhalte, Qualifikationsanforderungen und
196 Arbeitsorganisation der Beschäftigten. Es gilt die Potenziale für gute Arbeit zu nutzen,

197 indem die Mitbestimmung gestärkt wird. Ziel ist, die Digitalisierung sozial zu gestalten,
198 damit die Wirtschaft und auch die Beschäftigten davon profitieren.

199 (161) Frauen sollen die digitale Welt gleichberechtigt mitgestalten.. Diversität ist
200 entscheidend für Innovation und Fairness. Es gilt, geschlechtsspezifische Stereotype sowie
201 von männlichen Erwerbsmodellen dominierte Machtstrukturen und Arbeitsformen in den
202 Digitalunternehmen aufzubrechen, damit Frauen sich deutlich stärker in der Digitalwirtschaft
203 etablieren und Vorbilder sein können. Dabei spielt auch das Bildungssystem eine
204 entscheidende Rolle.

205 (162) Kinder, Heranwachsende, benachteiligte und verletzbare Menschen benötigen in der
206 digitalen Welt speziellen Schutz. Ihre selbstbestimmte Teilhabe an der digitalen Welt ist zu
207 fördern und ihr Zugang zu elementaren digitalen Gütern und Dienstleistungen zu
208 gewährleisten.

209 (163) In einer global verflochtenen Welt ermöglichen technologische Offenheit und
210 Kooperation Fortschritt für das Gemeinwohl. Damit sich Europas Bürger*innen in dieser Welt
211 mündig, aufgeklärt und damit selbstbestimmt bewegen können, braucht es eine größere
212 technologische Souveränität der Europäischen Union, basierend auf hohen Standards der
213 Sicherheit, der Resilienz und des Datenschutzes. Dies ist der Gegenentwurf sowohl zum
214 ungezähmten Datenkapitalismus als auch zu autoritär gelenkter staatlicher Überwachung.
215 . In einer Wertesystemkonkurrenz zwischen einem regulierten kapitalistischen und einem
216 autoritär gelenkten Fortschritt geht es um eine größere technologische Souveränität Europas,
217 damit sich Europas Bürger*innen auch in einer technisierten Welt mündig, aufgeklärt und
218 damit selbstbestimmt bewegen können. Das gilt insbesondere für die kritische Infrastruktur.
219 Zentrale Technologien soll Europa mit seinen Werten mitgestalten. Es braucht daher eine
220 starke europäische Vernetzung von Spitzenforscher*innen, damit Europa nicht von wesentlichen

221 Zukunftstechnologien abgehängt wird. Digitales Aufrüsten und die Militarisierung ziviler
222 Infrastrukturen muss durch ein entschlossenes internationales Vorgehen verhindert werden.

223 (164) Der Innovationsstandort Europa soll im globalen Kontext gestärkt und ausreichend
224 finanziert werden. Das umfasst die stärkere Förderung offener Hard- und Software sowie
225 offener Standards. Dem Gedanken der Demokratie widersprechen Akkumulationen von Märkten,
226 aus denen weltweit agierende Konzerne hervorgehen, die mächtiger sind als Staaten.